

Neuigkeiten aus dem Bundestag

Ein Beitrag von Rainer Groß, MdB

Am 16. Juli führte mich mein Weg gemeinsam mit den Kollegen Peter Boehringer, Prof. Dr. Ingo Hahn und Tobias Matthias Peterka zum Bürgerdialog nach Landsberg am Lech. Diese Veranstaltung war ein Beleg dafür, dass die Menschen im Lande für die Aktivitäten der AfD im Deutschen Bundestag großes Interesse zeigen. Ich freue mich schon auf die nächsten Bürgerdialoge unserer Landesgruppe.

Im September fanden drei Sitzungswochen statt, davon zwei zu den Bundeshaushalten 2025 und 2026. Der Haushalt 2025 wurde gegen unsere Stimmen beschlossen. Mit diesem Haushalt geht die Bundesregierung den entscheidenden Schritt in die falsche Richtung: Eine Nettokreditaufnahme von 143 Milliarden Euro ist ein ungenierter Griff in die Tasche derer, die sich nicht wehren können, unserer Kinder und Kindeskinde. Die Bundesregierung verdoppelt damit die sowieso schon gigantisch hohe Bundesschuld von 2,7 Billionen Euro auf unvorstellbare 5,4 Billionen Euro bis 2029. Eine Tilgung steht nicht in Aussicht. Im Zusammenspiel mit dem neugeschaffenen Sondervermögen wird sich der Handlungsspielraum in den kommenden Jahren durch die Zinslast weiter einschränken. Mit aufgeweichter Schuldenbremse und den Sondervermögen geht es nun in Richtung einer nicht mehr beherrschbaren Rekordverschuldung. Demgegenüber hat die AfD einen knackigen, guten, eigenen Haushaltsplan mit 111 Milliarden Euro Einsparmöglichkeiten vorgelegt, der unser Land voranbringen würde. Finanz- und Wirtschaftspolitik im Interesse Deutschlands wird es nur mit uns geben. Wir werden diese Dinge im Auge behalten und unsere Positionen weiterhin jederzeit deutlich machen. Meine Rede vom 18. September dazu finden Sie hier:

<https://www.bundestag.de/mediathek/video?videoid=7635993>

Bayern ist und bleibt mit 10 Milliarden Euro der größte Nettozahler im Länderfinanzausgleich. Das sind 10 Milliarden Euro, die für die Belange des Freistaates fehlen. Und was macht der bayerische Ministerpräsident? Er hat demgegenüber nichts Besseres zu tun, als die AfD zu verteufeln. Das werden die Bürger nicht honorieren. Seine ausnahmsweise gute Forderung, das Verbrennerverbot aufzuheben, kann er nur mit der AfD umsetzen. Mehr Realitätsverweigerung geht nicht, Herr Söder!

Auch bis zum nächsten Rundbrief stehe ich Ihnen im Rahmen meiner Tätigkeit für Kontakte

(rainer.gross@bundestag.de) zur Verfügung. Wenn Sie Anregungen und Hinweise an mich haben, bin ich Ihnen jederzeit dankbar.

Mit freundlichen Grüßen aus dem Bundestag

Ihr Rainer Groß

MEGA-Demo mit Tommy Robinson in London Die Freiheit ruft – Europa erwacht!

Ein Beitrag von Peter Bystron (MdEP)

London hat gebebt. Eine Million Patrioten standen Schulter an Schulter, um ein unübersehbares Signal zu senden: Schluss mit Masseneinwanderung, Schluss mit dem Verrat an unseren Nationen! Unter dem Banner „*Unite the Kingdom*“ erhob sich die größte Freiheitsbewegung unserer Zeit – friedlich, kraftvoll, entschlossen.

Die Systemmedien logen wie immer. Die Tagesschau faselte von 150.000 Teilnehmern, während Drohnenbilder und Livestreams die gewaltige Menschenmenge belegten. Elon Musk übertrug die Kundgebung live auf X – die Wahrheit kann nicht mehr unterdrückt werden. Der Versuch, Patrioten wie Tommy Robinson als „rechtsextremen Straftäter“ zu diffamieren, prallt an der Freiheitsbewegung ab.

Als einziger deutscher Politiker durfte ich mit Tommy auf der Bühne stehen. Uns verbindet eine langjährige Freundschaft, er dankte mir für den Besuch bei ihm in der Gesinnungshaft. Meine Botschaft war klar: Eure Feinde sind unsere Feinde. Euer Kampf ist unser Kampf. Wir wollen nicht, dass unsere Töchter und Schwestern vergewaltigt werden. Wir wollen nicht, dass unsere Söhne erstochen werden, wenn sie sie verteidigen. Wir wollen keine Richter, die Täter laufen lassen. Wir wollen keine Lügenpresse, die uns zu Verbrechern erklärt. Unsere Botschaft ist klar: Stoppt die Boote – stoppt die Invasion!

Die Globalisten spüren, dass ihre Zeit abläuft. Darum fahren sie Kampagnen, Hetze, Hausdurchsuchungen. 23 Mal standen Polizisten dieses Jahr vor meinen Türen – ohne Ergebnis. Es ist ein Vernichtungsfeldzug. Parallel werden EU-Millionen an Netzwerke gezahlt, die nichts anderes tun, als Patrioten zu diffamieren. Das ist ein Skandal ohnegleichen!

Doch wir lassen uns nicht brechen. Trump hat in den USA gesiegt. Orbán verteidigt Ungarn. Fico regiert die Slowakei. In Italien sind die Patrioten an der Macht. Die Welle rollt, und niemand wird sie stoppen. Auch in Deutschland wird die AfD siegen. Wir sind die einzige Kraft, die unser Land retten kann.

'Enough is enough!' – London hat gezeigt: Die Völker Europas stehen auf. Wir werden Deutschland wieder stark machen. Wir werden Europa zurückholen. Und wir werden niemals kapitulieren.

Die Turbo-Einbürgerungen müssen gestoppt werden

ein Beitrag von Rene Dierkes, MdL

Die Einbürgerungen in Deutschland wurden immer mehr erleichtert, zuletzt mit der noch von der Ampel durchgedrückten Gesetzesnovelle vom 27. Juni 2024 mit einer verkürzten Aufenthaltszeit von 5, bei guter „Integration“ sogar nur 3 (statt bisher 8) Jahren. Bei allen seit 2015 illegal Eingewanderten ist diese Fristvoraussetzung bereits zweimal abgelaufen und die Hürden für die Einbürgerung sind denkbar niedrig: Erst zum Zeitpunkt der Einbürgerung müssen die Bewerber ein unbefristetes Aufenthaltsrecht vorweisen – und dürfen zudem noch die ursprüngliche Staatsangehörigkeit beibehalten.

Ein weiterer Beschleuniger ist die „Untätigkeitsklage“: Wenn eine Behörde sich drei Monate lang nicht rührt, kann der Antragssteller auf Einbürgerung klagen. Wenn die betreffende Behörde dem Gericht dann signalisiert, in dem jeweiligen Fall entscheiden zu wollen, stellt das Gericht die Sache „klaglos“ und es wird sofort eingebürgert – ein Geschäftsmodell für Anwälte auf Kosten des Steuerzahlers!

291.955 Personen haben 2024 die deutsche Staatsangehörigkeit erworben (Destatis, 2024), davon allein in Bayern 54.518 (18,67%). Der Löwenanteil der in Bayern Eingebürgerten kommt mit 9351 Personen aus Syrien, gefolgt von der Türkei mit 4306 und Russland mit 3248. Dann folgen Herkunftsländer wie Kosovo, Rumänien, Irak, Ukraine und Afghanistan – die Hälfte der Top 20 sind islamische Länder (meine Anfrage vom 14.7.2025). Seit der Einführung der Statistik im Jahr 2000 stieg die Zahl der Einbürgerungen im Jahresvergleich mit 46% um fast die Hälfte (ZDF, 10.6.2025).

Das Antlitz Deutschlands und damit auch Bayerns verändert sich rasant: 2024 hatten 25,2 Mio. (30,4%) Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund, davon waren gut die Hälfte, 13 Mio. (15,7%) deutsche Staatsbürger (bpb, 7.7.2025). Die Zahlen für Bayern entsprechen in etwa dem bundesweiten Trend: 4,02 Mio. (30,5%) Menschen von 13,16 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund; 1,97 Mio. (14,97%) davon sind deutsche Staatsbürger (Destatis, 2024). Zu den Erleichterungen bei den Einbürgerungen gesellt sich eine große Dunkelziffer durch Betrug erschlichener Staatsbürgerschaften und Aufenthaltstitel. Entgegen der von der Bayerischen Staatsregierung mir erteilten Auskunft (auf meine Anfrage vom 14.7.2025) über vorab zu klärende Identität der Bewerber und Sicherheitsabfragen bei Polizei und Landesamt für Verfassungsschutz werden massenweise gefälschte Test-Zertifikate für in Wahrheit nicht vorhandene Sprach- und Integrationskenntnisse im Internet „verkauft“. Zufallsfunde förderten

dabei sogar Mehrfachidentitäten ans Tageslicht (n-tv, 9.9.2025)! So ist eine regelrechte Einbürgerungsindustrie entstanden.

Wir haben im Bayerischen Landtag einen Antrag gestellt, in dem wir von der Staatsregierung den Einsatz im Bundesrat zur Rücknahme der Gesetzesnovelle vom 27. Juni 2024, die Vermeidung von doppelten Staatsbürgerschaften, eine restriktive Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen und einen jährlichen Transparenz-Bericht für Bayern fordern. Die deutsche Staatsbürgerschaft darf nicht zur Ramschware verkommen!

Sprache als Schlachtfeld – Warum wir Klartext brauchen

Ein Beitrag von Bezirksrat Christian Demmel

Wir leben in einer Zeit, in der nicht nur politische Entscheidungen, sondern bereits die Begriffe, mit denen wir sie beschreiben, zum Streitfall geworden sind. Worte, die einst Orientierung boten, werden heute umgedeutet, überhöht oder entleert. Die Sprache, unser wichtigstes Werkzeug der Verständigung, ist zum Schlachtfeld geworden. Begriffe wie **Demokratie, Freiheit, Solidarität, Vielfalt** oder **Fortschritt** klingen gut – doch sie werden zunehmend als **Kampfbegriffe** eingesetzt. Sie dienen nicht mehr der Beschreibung, sondern der Bewertung. Nicht der Verständigung, sondern der Ausgrenzung.

Wenn von „**unserer Demokratie**“ gesprochen wird, ist oft nicht die freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung des Grundgesetzes gemeint, sondern ein politisch aufgeladenes Systemverständnis, das Kritik als Gefahr betrachtet. Wer Fragen stellt, gilt schnell als „antidemokratisch“. Wer abwägt, als „unsolidarisch“. Wer bewahren will, als „rückständig“.

Diese Entwicklung betrifft das gesamte politische Spektrum. Die Verantwortung dafür tragen alle Seiten.

Was wir brauchen, ist eine Rückkehr zum Klartext: zur ehrlichen Benennung, zur demokratischen Offenheit, zur sachlichen Verständigung. Denn Demokratie lebt nicht von Schlagworten, sondern von Streitkultur. Freiheit lebt nicht von Etiketten, sondern von Verantwortung. Ein paar Beispiele zeigen, wie weit die Begriffsverschiebung reicht:

- „**Pressefreiheit**“ – klingt nach Vielfalt, meint oft Meinungseinheit
- „**Kinderrechte**“ – klingt nach Schutz, bedeutet teils staatliche Übergriffigkeit
- „**Sondervermögen**“ – klingt nach Rücklage, ist Schuldenpolitik
- „**Selbstbestimmung**“ – klingt nach Freiheit, wird zur ideologischen Pflicht
- „**Diversität**“ – klingt nach Toleranz, führt oft zu Gleichmacherei
- „**Antidiskriminierung**“ – klingt nach Gerechtigkeit, endet in Denkverboten
- „**Fortschritt**“ – klingt nach Zukunft, bedeutet Systemumbau ohne Rückhalt

Diese Begriffe sind nicht falsch – aber oft nicht ehrlich. Sie verschleiern, was sie bezeichnen sollten. Sie bewerten, bevor sie erklären. Sie spalten, wo sie verbinden sollten. Sprache ist kein Besitz. Sie ist ein Gemeingut. Wer sie pflegt, stärkt Vertrauen in Demokratie und Mitmenschlichkeit. Wer Klartext spricht, schafft Klarheit.

Kommunen und Agenda 2030

Ein Beitrag von Stadtrat Thomas Schwembauer (Burghausen)

Aktuell sind zahlreiche Großstädte dabei eine „Verkehrswende“ mit dem Ziel durchzuführen, die KFZ aus den Kommunen zu verbannen. Hintergrund ist, dass Kommunen „CO₂-neutral“ werden wollen. Doch nur wenige wissen, dass die Kommunen diese CO₂-Neutralität FREIWILLIG anstreben! Der Grund: aufgrund ihrer Autonomie endet der Durchgriff der Bundesregierung und der Staatsregierung beim Landrat. Wenn also die Bundesregierung dem Pariser-Klimaabkommen beitrifft, dann enden die damit eingegangenen Möglichkeiten ebenfalls erst einmal beim Landrat und dem ihm staatlich übertragenen Wirkungsbereich! Dreh und Angelpunkt: die Autonomie der Gemeinden Die Kommunen sind autonom. In Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes ist dazu geregelt:

„(2) Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung...“

Das bedeutet erst einmal: Kommunen, die CO₂-neutral werden wollen, tun dies freiwillig! Sie müssen sich dann dazu eigene Rechtsgrundlagen schaffen. Das geht jedoch nur mit Hilfe von eigenen Beschlüssen der Kommune im Stadtrat, indem sich die Kommune per Beschluss z.B. an die SDGs der UNO fesselt.

Vergatterung der Kommune auf die CO₂-Neutralität So etwas geschieht leider oft ohne hinreichende Aufklärung über die wahren Hintergründe durch den Antragsteller. Praktisch wird dann erst mit der Zeit inzwischen klar, dass der Bürgermeister und die Verwaltung der Stadt aus dieser Unterwerfung das Recht abzuleiten hoffen, die Stadt zur „CO₂-Neutralität“ zu „transformieren“. Auf Fake-News und Propaganda aufgebaute Argumente Bei der „CO₂-Neutralität“ handelt es sich um eine Ideologie, die insbesondere von US-amerikanischen Ökokapitalisten, wie z.B. Al Gore verbreitet wird, der auch von „kochenden Ozeanen“ spricht (Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=BL2Fm22u-3I>). Dem UNO-Generalsekretär Guterres sind diese Aussagen des Ökokapitalisten Gore noch nicht dramatisch genug und Guterres glaubt sogar einen „kochenden Planeten“ zu erkennen (Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=xyacrd1d-cU>) und verbreitet in dieser Video-Nachricht auch, dass ausschließlich der Mensch hierfür verantwortlich sei, dass es also keinen natürlichen Klimawandel gebe. Das ist reine Propaganda und das genaue Gegenteil ist wahr:

- Dem „Eiskern-Projekt“ ist wissenschaftlich entnehmbar, dass es in der Erdhistorie vielfache, scharfe Klima-Änderungen gab und dass die Meteorologie zu dem Zeitpunkt mit Aufzeichnungen begann, als der Klima-Zyklus einen historische Kälte-Punkt hatte (Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=WE0zHZPQJzA>)

- Als es noch keinen Menschen gab, war die CO₂-Konzentration die höchste der Erdgeschichte und die Antarktis ein blühender Regenwald und eine Landschaft voller Leben (Vgl. <https://youtu.be/XSjWaz3XQc8>)

- Das Abschmelzen der Eiszeitgletscher ließ den Meeresspiegel ohne Zutun des Menschen(!) bis vor ca. 8000 Jahren um ca. 120 Meter ansteigen (Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=ErC0tRmVTVg>)

- Die Statistik-Regierungsbehörde Norwegens hat bestätigt, dass es statistisch unmöglich ist, einen menschengemachten Einfluss innerhalb des natürlichen Klimawandels zu identifizieren (Vgl. google: „To what extent are temperature levels changing due to greenhouse gas emissions?“)